

Bildungsplan (8): Opposition gespalten – Erster Kopf gerollt – Volker Beck schwingt Nazikeule



„CDU springt

Lehrplan-Kritikern bei“, titeln heute die Stuttgarter Nachrichten. In seiner Funktion als Fraktionschef findet Peter Hauk (Foto l.) deutliche Worte: „Wir brauchen keine Anweisungen“, sagt er als Reaktion auf die umstrittenen grün-roten Lehrpläne, die 2015 eingeführt werden sollen. *Falls es Defizite gebe, liege dies an der Umsetzung, aber nicht an den Vorgaben an sich*, heißt es in den Stuttgarter Nachrichten.

Hauk warnte die Landesregierung davor, den Petenten zu kritisieren. Gabriel Stängle mache nur von seinem Bürgerrecht Gebrauch und müsse dies nicht rechtfertigen. Der CDU-Politiker erinnerte auch an Artikel 16 der Landesverfassung, wonach „die Kinder auf der Grundlage christlicher und abendländischer Bildungs- und Kulturwerte“ erzogen werden. Dies sei die Norm. Ihn störe, dass die Landesregierung die sexuelle Vielfalt nun zum „Leitprinzip“ erhebe. Hauk: „Diese Überhöhung ist nicht gerechtfertigt.“

Klare Worte, die aber auch innerhalb der CDU möglicherweise auf Widerstand stoßen werden. Der jüngst in den Bundestag gewählte Stefan Kaufmann steht offen zu seiner Homosexualität. Er ist Mitglied der baden-württembergischen und der Stuttgarter CDU.

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke (Foto oben r.) ging hingegen inhaltlich auf Distanz zu der Petition: „Ich würde sie so nicht unterschreiben, weil der Begriff Umerziehung den Sachverhalt nicht trifft.“ Allerdings zeige die Initiative, dass die Menschen das Bedürfnis hätten, sich zu artikulieren. Grün-Rot zeige außerdem nicht deutlich genug auf, dass eine Familie aus Frau, Mann und Kindern dem Idealbild am nächsten komme.

Das sorgte dann bei der FDP für parteiinternen Streit über den Umgang mit dem Thema. Rülke wurde vom liberalen Nachwuchs harsch kritisiert. Rülke betrachte andere Lebensformen als die klassische Familie „als tolerabel, aber nicht als gleichwertig“, erklärte Juli-Landeschef Sebastian Gratz. Er schäme sich für diese Aussagen. „Seine Äußerungen zur Minderwertigkeit gleichgeschlechtlicher Beziehungen sind Sand im Getriebe der neuen FDP.“

Aus der Bundespolitik meldete sich natürlich auch der innenpolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck zu Wort. Wir zitieren hier nur die „Höhepunkte“ seines hetzerischen Beitrags zur Diskussion. „Der Kampf gegen Homophobie ist genauso wichtig wie gegen Rassismus oder Antisemitismus“. Damit erklärte Beck die Gegner pauschal als „krank“. Somit dürfte ihm das kürzlich bekannt gewordene EU-Papier besonders gefallen haben, in dem vorgeschlagen wird, u.a. Kritik an Homosexualität unter Strafe zu stellen.

Er spricht in Bezug auf die Unterzeichner der Petition von „einer Gruppe mit Unterstützung von evangelikalen Organisationen und Webseiten aus der rechtsextremen Ecke“. Um seinen „Nazivorwurf“ noch zu bekräftigen, legt er nochmals

nach: „Eine Petition, wie die in Baden-Württemberg, ist dagegen im Kern von einem vordemokratischen Weltbild getragen.“

BILD-Stuttgart berichtet heute auch in gewohnter Art und Weise. Unter detaillierter Nennung des Arbeitsplatzes (Schule), des genauen Wohnortes, liefert die BILD-Redaktion Gabriel Stängle den im linken Spektrum nicht unüblichen Attacken gegen Leib und Leben aus. Alternativ werden dann in ähnlichen Situationen von linken „Aktivisten“ das Haus „verschönert“ und/oder das Auto „tiefer gelegt“ oder gleich angezündet. Natürlich haben wir den nur in der Druckversion erhältlichen Text an den entsprechenden Stellen geschwärzt. Die geschwärzten Angaben hätten in der Berichterstattung über die Petition und Stängle ohnehin keinen Informationsgewinn gebracht.



Um noch eins drauf zu packen, wurde seine Freikirche, die als Verein eingetragen und beste Kontakte in örtliche Strukturen pflegt, als „Sekte“ gebrandmarkt. Der jetzt als „Sektenmitglied“ denunzierte Stängle ist übrigens Mitglied der evangelischen Landeskirche!

Die Unterstützer der Petition sind inzwischen einem permanenten Klima der Hetze und Denunziation ausgesetzt. In der Folge hat es jetzt ein erstes Opfer gegeben. Der Vorsitzende des Elternbeirats an einem Heidenheimer Werkgymnasium wurde durch massivem internen und externen Druck zum „freiwilligen“ Rücktritt genötigt. Schulleiter Werner Schölzel sah in dem Rücktritt „den einzig möglichen Weg“, obwohl er dem Vater attestierte, dieses Amt „sehr engagiert und vorbildlich“ geführt zu haben. Schölzel fügte hinzu, dass „das Werkgymnasium keineswegs eine Schule der Intoleranz“ sei. Er hoffe, dass dieser Eindruck nicht entstanden sei.

Vom Schwulen und Lesbenverband (LSVB) wurde das „Vergehen“ des

Elternbeirats mit dem Vorwurf begründet: „Schule ist kein Ort für Fundamentalisten“. Was war geschehen? Der Elternbeirat hatte es doch tatsächlich gewagt, anderen Elternvertretern in einer Email von der Petition zu berichten und gebeten, sich daran zu beteiligen.

All die Jahre vorbildlicher Arbeit zählen eben nichts mehr, wenn in einem intoleranten Umfeld gegen vermeintliche politische Korrektheit verstoßen wird. Und so teilte der Gescholtene schließlich seinen Rücktritt von allen schulischen Ämtern mit, „um weiteren Schaden in der Öffentlichkeit für die Schule zu vermeiden.“

Angesichts der Hetze und des öffentlichen Drucks, der auf den Vater und Elternbeiratsvorsitzenden ausgeübt wurde, kann somit kaum noch von einem „freiwilligen“ Rücktritt gesprochen werden.

Wer sich trotz all dem den Mund nicht verbieten lassen will, hat auch heute wieder die Möglichkeit für die Petition zu stimmen. Stand der Unterschriften insgesamt (10.1.14, 23.50 Uhr): 88.690.

+++ Hier gehts zur Petition! +++

Kontakt:

» Werkgymnasium Heidenheim
Schulleiter Werner Schölzel
Römerstraße 101
89522 Heidenheim
Tel.: 07321/3577-0
Fax: 07321/3577-200
wergymnasium@t-online.de

Bisherige PI-Beiträge zum Thema:

» Teil 1: Petition gegen Ba-Wü Bildungsplan 2015
» Teil 2: SWR: „Nazialarm“ wegen Widerstandes gegen Bildungsplan

- » Teil 3: SWR zieht Extremismus-Vorwurf zurück
- » Teil 4: Bischöfliche Feiglinge Zollitsch und Fürst wehren sich nicht gegen schwulgrünen Lehrplan
- » Teil 5: „Bildungsplan“-Widerstand erreicht Titelseiten!
- » Teil 6: Petitionsinitiator unter Beschuss
- » Teil 7: Kirchen sagen gemeinsam Jein